

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Hubert Aiwanger, MdL



Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie - 80525 München

Per E-Mail

Telefon
089 2162-2502

European Commission
Directorate-General for Competition
State aid registry
B-1049 Bruxelles/Brussels

Telefax
089 2162-3502

stateaidgreffe@ec.europa.eu

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
Ref.: HT.582

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
81-8208/68/1

München,
10.03.2020

Stellungnahme im Rahmen der Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Rahmen des Emissionshandelssystems (ETS)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Entwurf der Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammen-
hang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten
nach 2021 nehmen wir wie folgt Stellung:

Zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist
eine Ausweitung der bestehenden Kompensationsmöglichkeiten im Rahmen
der Strompreiskompensation erforderlich. Vor diesem Hintergrund werden
die im vorliegenden Entwurf vorgesehenen Verschärfungen der Beihilfeleitli-
nien, insbesondere die Verringerung der Anzahl der beihilfeberechtigten
Sektoren, die Senkung des Ausgleichssatzes auf 75% und die Einführung
neuer Auflagen zur Energieeffizienz, kritisch gesehen.

Postanschrift
80525 München
Hausadresse:
Prinzregentenstr. 28, 80538 München

Telefon Vermittlung
089 2162-0
Telefax
089 2162-2760

E-Mail
poststelle@stmwi.bayern.de
Internet
www.stmwi.bayern.de

Öffentliche Verkehrsmittel
U4, U5 (Lehel)
16, 100 (Nationalmuseum/
Haus der Kunst)

Im Einzelnen:

- **Beihilfefähige Sektoren**

Die Verringerung der Anzahl von Sektoren, die für einen Ausgleich in Betracht kommen, von fünfzehn auf acht wird kritisch gesehen. Die Festlegung der Sektoren nach den im Erläuterungspapier dargelegten quantitativen Kriterien (Indikator für indirekte Verlagerung von CO₂-Emissionen [ICL-Indikator] > 0,2; Handelsintensität > 20%; Intensität indirekter Emissionen > 1 kg CO₂/Euro) ist zwar nachvollziehbar. Die Kommission sollte allerdings auch qualitative Kriterien heranziehen und weitere Sektoren in den Katalog kompensationsberechtigter Branchen aufnehmen. Bei vielen Sektoren besteht nach hiesiger Sicht – auch wenn sie nicht sämtliche quantitative Voraussetzungen erfüllen – durchaus ein Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen, das eine Aufnahme in den Katalog der beihilfefähigen Sektoren rechtfertigt. Neben der Erzeugung und ersten Bearbeitung von Kupfer (NACE-Code: 24.44) sowie der Erzeugung und ersten Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen (NACE-Code: 24.45) betrifft dies vor allem die Chemieindustrie und hier insbesondere der Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien (NACE-Code: 20.14), der Herstellung von Kunststoffen in Primärformen (NACE-Code 20.16) und der Herstellung von Chemiefasern (NACE-Code: 20.60). Die Bemühungen zur Treibhausgasneutralität und die notwendige zunehmende Elektrifizierung dieser Sektoren werden gefährdet, wenn keine Aufnahme in den Katalog kompensationsberechtigter Sektoren erfolgt. Außerdem erscheint es geboten, auch Zulieferer kompensationsberechtigter Sektoren aufzunehmen, die regelmäßig eine hohe Emissionsintensität aufweisen. Das betrifft beispielsweise die Herstellung von Industriegasen (NACE-Code: 20.11).

- **Beihilfeintensität**

Die im internationalen Wettbewerb stehenden Branchen befürchten den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Bereits die gegenwärtige Beschränkung der Kompensation auf 75% (Beihilfeintensität) ist in Anbetracht der hohen Strompreissteigerungen für die betroffenen Unternehmen kaum auskömmlich. Die indirekten CO₂-Kosten, die sich im Strompreis widerspiegeln, werden aller Voraussicht nach auch in der kommenden Handelsperiode ansteigen. Um einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz und die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie in der EU zu gewährleisten, ist eine möglichst vollumfängliche Strompreiskompensation erforderlich. Zumindest muss in Anlehnung an Ziffer 188 der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 (UEBLL) ein Eigenbetrag des Unternehmens von 15% ausreichen, was letztlich einer Beihilfenintensität von 85% entspricht. Hierfür spricht der Grundsatz der Gleichbehandlung sowie die ermessenseinschränkende Selbstbindung der Kommission aufgrund der entsprechenden Regelungen im Rahmen der UEBLL, die zumindest bis 2022 angewendet werden sollen.

Ausdrücklich begrüßt wird, dass die Beihilfeintensität nicht degressiv ausgestaltet wird, sondern während der gesamten Handelsperiode stabil bleibt. Eine stabile Intensität ist vor dem Hintergrund fortbestehender Wettbewerbsnachteile der heimischen Industrie gegenüber Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten, die sich aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der CO₂-Zertifikatepreise noch verschärfen dürften, geboten.

Ausdrücklich begrüßt wird ferner, dass den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt wird, die Belastungen der Beihilfeempfänger durch indirekte ETS-Kosten in Abhängigkeit von ihrer Bruttowertschöpfung weiter zu begrenzen. In Anlehnung an Ziffer 189 der UEBLL wird angeregt, den Betrag der auf Unternehmensebene zu

zahlenden indirekten Kosten auf 0,5% der Bruttowertschöpfung des betreffenden Unternehmens zu begrenzen.

- **Berechnung des Beihilfebetrags**

Die Berechnung der Basis-Produktionsleistung aufgrund tatsächlicher Produktion ist aus hiesiger Sicht sachgerecht.

Grundsätzlich richtig ist zwar, dass der CO₂-Emissionsfaktor auf Basis des fossilen Strom-Produktionsmix eines geographischen Gebiets ermittelt wird. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, dass die kompensationsberechtigten Unternehmen im internationalen Wettbewerb mit Regionen wie China, USA, Russland oder Indien stehen, die auch in absehbarer Zukunft auf die CO₂-intensive Kohleverstromung setzen und die entstehenden CO₂-Emissionen nicht im Rahmen eines, dem ETS vergleichbaren Emissionszertifikatehandels einpreisen. Durch die klimapolitisch gebotene Emissionsverbesserung des hiesigen Kraftwerksparks (Kohleausstieg; Ersatz zum Teil durch Gas) sinkt der CO₂-Emissionsfaktor für Deutschland. Die Folge ist eine geringere Strompreiskompensation, obwohl deutsche Unternehmen weiterhin im internationalen Wettbewerb mit Regionen stehen, die weiterhin auf billige Kohle setzen. Um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu verbessern, sollte hierfür ein zusätzlicher Ausgleich (ggf. auch außerhalb der eigentlichen Strompreiskompensation) möglich sein.

- **Auflagen zur Energieeffizienz**

Der Vorschlag der Kommission, als Auflage für die Gewährung der Strompreiskompensation über die Verpflichtungen der Energieeffizienzrichtlinie 2012/27EU hinausgehende Energieeffizienzmaßnahmen zu fordern, wird kritisch gesehen. Die Strompreiskompensation dient dem Nachteilsausgleich und sollte nicht mit zusätzlichen, bisher

überobligatorischen Anforderungen verknüpft werden, die für Unternehmen und Mitgliedstaaten einen erheblichen Erfüllungsaufwand mit sich bringen.

Ein Mehrwert von zusätzlichen Auflagen ist nicht ersichtlich, da bereits die bei der Berechnung des Beihilfebetrages zugrunde gelegten Stromverbrauchseffizienzbenchmarks Anreize bieten, vermehrt in Energieeffizienz zu investieren. Allerdings muss verhindert werden, dass eine unverhältnismäßige Verschärfung der Stromverbrauchseffizienzbenchmarks in der Mitte der Handelsperiode im Ergebnis de facto zu einer versteckten Degression der Kompensation führt. Die Stromverbrauchseffizienzbenchmarks müssen daher realistisch und für die Anlagenbetreiber erreichbar sein, d.h. sie müssen sich an der technologischen Machbarkeit und wirtschaftlichen Umsetzbarkeit orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading "Hubert Aiwanger". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Hubert Aiwanger